



SCHWERPUNKT:
WO SIND DIE VORDENKER?

SEISMOGRAFEN DES WANDELS

WARUM DER INTELLEKTUELLE KEIN AUSLAUFMODELL IST

≡ Jens Hacke

Es ist schwierig, die Stichhaltigkeit gewisser Begriffsmoden abzuschätzen. Das gilt insbesondere für den Terminus Intellektuelle, scheint uns doch die Rede vom Intellektuellen mittlerweile seltsam altertümlich. Gerade in Deutschland fällt es schwer, das Verhältnis von Intellektuellen und Politik adäquat und vor allem zeitgemäß zu beschreiben. Dies hat vielleicht damit zu tun, dass man die Intellektuellen am heroischen Maßstab ferner Vorbilder misst oder ihnen politisch ohnehin nicht mehr viel zutraut. Während Helmut Schelsky in den 1970er Jahren noch das Schreckensbild einer Priesterherrschaft der Intellektuellen zeichnete oder Kurt Sontheimer deren »Elend« beklagte¹, hat sich heute die Furcht vor einem Regiment der Intellektuellen verflüchtigt. Die Klage darüber, dass der Einfluss der Intellektuellen im Schwinden begriffen sei, unterstreicht mittlerweile unsere Gewohnheit, den Intellektuellen im Niedergang zu sehen.² Allenthalben stößt man deswegen auf Reanimationsversuche des politischen Intellektuellen, dessen Orientierungshilfe als notwendige moralische Instanz die Gesellschaft nun anscheinend besonders bedarf. So lässt sich das fast schon tragisch zu nennende Schicksal des Intellektuellen darin begreifen, dass sein Platz nie gesichert scheint: Nimmt er Einfluss, fällt er zur Last und weckt Ressentiments als praxisferner Wichtigtuer; bleibt er unauffällig, so kommt er seiner Rolle als kritischer Mahner nicht nach, und die Klage wird erhoben, dass es niemanden mehr gebe, der sich ums große Ganze kümmere.

Das Dilemma des öffentlichen Intellektuellen steht im unmittelbaren Zusammenhang mit seinem – notwendigerweise – maßlosen Anspruch. Es waren stets die Apologeten des »Fachmenschtums« (Max Weber) und die Befürworter einer technokratischen Staatsauffassung, die das Rollen-

1 Vgl. Helmut Schelsky, Die Arbeit tun die anderen. Klassenkampf und Priesterherrschaft der Intellektuellen, Opladen 1975; Kurt Sontheimer, Das Elend unserer Intellektuellen. Linke Theorie in der Bundesrepublik Deutschland, Hamburg 1976.

2 Vgl. jüngst Dietz Bering, Die Epoche der Intellektuellen 1898–2001. Geburt – Begriff – Grabmal, Berlin 2010.

verständnis des Intellektuellen als moralische Anmaßung disqualifizierten. Sie schrieben damit weiter am Kapitel des bürgerlichen Selbsthasses, mit dem sie konsequenterweise auch die eigene Glaubwürdigkeit unterminierten. Bei Niklas Luhmann beispielsweise lässt sich eine solche Haltung in ironisch-distanzierter Form erkennen: Der Intellektuelle kann nur noch die Einsicht in unbeeinflussbare Sach- und Systemzwänge ermöglichen und jeden politisch-moralischen Gestaltungsversuch zu einem naiv-folgenlosen Aufbegehren erklären.

Eine liberale Gesellschaft muss diese intellektuelle Autodestruktion ablehnen. Für die Konzeption des Staatsbürgers als mündiges Individuum, das seine Auffassungen und Interessen artikuliert und im Rahmen eines geteilten Wertehorizonts wahrnimmt, ohne Toleranz- und Freiheitsgebote der anderen zu verletzen, bleibt der öffentliche Intellektuelle eine maßgebliche Institution – nämlich eine repräsentative Figur, die als Bürger für andere im Sinne des Gemeinwohls spricht, weil sie zur Artikulation der Meinung in besonderer Weise befähigt ist. Insofern verbindet der Intellektuelle stets demokratisch-egalitären Anspruch mit einem notwendig elitären Habitus. Den öffentlichen Intellektuellen verstehen wir als einen herausgehobenen Akteur. Ihn oder sie zeichnet aus, dass er als Anwalt des Allgemeinen interveniert, sich mit seiner Meinung in einer öffentlichen Debatte exponiert und im Streit für seine Sache wirbt. Intellektuelle, so formulierte es jüngst noch einmal Jürgen Habermas, »lassen sich aus gegebenem Anlaß dazu provozieren, ungefragt, also ohne Auftrag und Abstimmung, von ihrem beruflichen Wissen jenseits ihrer Profession einen öffentlichen Gebrauch machen«. Dabei sind sie »auf eine resonanzfähige, wache und informierte Öffentlichkeit angewiesen«.³ Die Bedingungen intellektuellen Engagements, so dürfen wir Habermas verstehen, sind ebenso wichtig wie die moralische und geistige Qualität des Intellektuellen selbst. In dieser Sichtweise steckt natürlich eine kaum verhüllte Selbstprivilegierung des progressiven Intellektuellen, welche gegenwärtig nicht mehr so selbstverständlich wie im Zeitalter ideologischer Polarisierungen erscheint. In einer pluralistischen Medienöffentlichkeit muss der republikanisch engagierte Intellektuelle auch die Anwesenheit des skeptischen oder konservativen Gegenintellektuellen aushalten.

Die Auffassung von Habermas reiht sich selbstverständlich in die Tradition der bekannten Intellektuellensoziologien des 20. Jahrhunderts ein; der Ökonom Joseph Schumpeter sprach vom »Fehlen einer direkten Verantwortlichkeit für praktische Dinge«, Karl Mannheim popularisierte das Verständnis vom »freischwebenden Intellektuellen«, und M. Rainer Lepsius schließlich betonte dessen »Beruf zur inkompetenten Kritik«. Habermas präzisiert aber seine

3 Jürgen Habermas, Ein avantgardistischer Spürsinn für Relevanzen. Was den Intellektuellen auszeichnet, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 5/2006, S. 551–557.

Bedingungen für das Wirksamwerden intellektueller Kritik in der liberalen Demokratie: Sie ist nicht nur auf die Urteilsfähigkeit, die Redlichkeit und die gesellschaftspolitische Verantwortung des praktizierenden Intellektuellen angewiesen, sondern auf die kommunikativen und institutionellen Umstände, in denen dieser seinem »Beruf« nachgehen kann. Dementsprechend nützt es wenig, eine Krise der Intellektuellen zu personalisieren, sondern es gilt, die Veränderungen innerhalb des öffentlichen Diskurses, welche die intellektuelle Interventionspraxis, die Resonanz und überhaupt das Umfeld für Intellektuelle insgesamt bestimmen, in den Blick zu nehmen.

Seit der Geburt des modernen Intellektuellen, die zumeist 1898 mit Emile Zolas berühmtem »J'accuse« datiert wird, hat sich der Intellektuelle in seinem Wirkungsraum auf vielfältige Weise verwandelt und neuen Gegebenheiten angepasst. Wertet man den Einsatz der Intellektuellen im Lichte der Demokratisierungs- und Emanzipationserfolge seither, so lässt sich sicherlich eine fortwährende Entdramatisierung und eine damit einhergehende Risikoverminderung intellektuellen Engagements diagnostizieren. Der extrainstitutionelle Status des Intellektuellen, der sich aus seiner oppositionellen Rolle und meist aus seinem Beruf zur progressiv und moralisch inspirierten Herrschaftskritik herleitete, hat seinen Nimbus verloren. Davon abgesehen, dass in liberalen Gesellschaften der öffentliche Intellektuelle nicht mehr in natürlicher Weise dem linken politischen Spektrum zuzuordnen ist, haben die Mechaniken der modernen Mediengesellschaft auch dafür gesorgt, intellektuelle Kritik zu domestizieren: Der Intellektuelle wurde vom widerstandswilligen Ruhestörer zum begehrten öffentlichen Meinungsträger, von den Zeitungen verschiedener politischer Couleur oft gleichermaßen umworben. Konnte Thomas Mann noch für die Zwischenkriegszeit feststellen, dass die Broschüre, also die kleine akzentuierte Einzelschrift, die Signatur seiner Epoche sei⁴, so ist der Intellektuelle heute bemüht, seine Intervention entweder mithilfe einer medialen Kampagne zu platzieren oder sogar von der Presse per Anfrage auf dem Meinungsmarkt lancieren zu lassen. Die relative Risikolosigkeit intellektuellen Engagements erklärt sich einerseits aus der fortgeschrittenen Einebnung des politischen Spektrums, innerhalb dessen die Tabus des Konsensliberalismus nur noch selten gebrochen werden. Andererseits haben sich die Muster medialer Konfliktinszenierung so eingeschliffen, dass die streit-auslösende rhetorische Provokation häufig durchschaubaren Routinen folgt.

Man muss eine Veralltäglichung intellektueller Praxen nicht negativ bewerten. Im Grunde ist darin eine notwendige Demokratisierung des Intellektuellen nach seiner heroischen Epoche zu erkennen. Trotzdem bleibt es angebracht, sich den gesellschaftspolitischen Wandel vor Augen zu führen,

4 Thomas Mann, Tagebücher 1933–1934, hg. v. Peter de Mendelssohn, Frankfurt a. M. 1977, S. 194.

der den Status und die Rolle des Intellektuellen verändert hat. Die normative Positionsbestimmung intellektuellen Engagements fällt heute zwar schwerer, aber sie behält ihre Dringlichkeit in einer liberalen Demokratie, die nach wie vor die Öffentlichkeit jeder politischen Diskussion vorsieht, Entscheidungen öffentlich zu legitimieren hat und auf öffentliche Kritik angewiesen ist. Dabei ist daran zu erinnern, dass die Themen des Intellektuellen von jeher eher der moralisch-kulturellen Selbstverständigung dienen als politischen Sachfragen. Das Register nationaler Identitätsvergewisserung hat sich nicht nur gewandelt, sondern ist spätestens nach der Wiedervereinigung im Jahr 1990 um europäische, wenn nicht globale Komponenten deutlich erweitert worden.

Mit Blick auf die Bundesrepublik lässt sich ein nicht unerheblicher Themenwechsel diagnostizieren. In der Bonner Republik gab es zwei Latenzthemen, die immer wieder für Streit sorgen konnten: zum einen den Umgang mit der NS-Vergangenheit, zum anderen die vor dem Hintergrund des ideologischen Konflikts im Kalten Krieg geschürte Angst vor einem politischen Linksdrift. Fast jede öffentliche Debatte, die zum Engagement von Intellektuellen führte, lässt sich entweder aus geschichtspolitischen oder ideologischen Motiven begreifen – vom Protest gegen die atomare Bewaffnung in den 1950ern bis hin zur Nachrüstungsdebatte der 1980er, von der *Spiegel*-Affäre über den Streit um die Ostpolitik bis zur deutschen Einigung, von den Auschwitzprozessen über den Historikerstreit bis hin zur Wehrmachtsausstellung. Intellektuelle rangen in diesen Meinungskämpfen um das Selbstverständnis der Bundesrepublik. Diese Fragen haben nach der Wiedervereinigung, nach dem Ende des Ost-West-Konflikts und auch mit dem absehbaren Aussterben der Zeitzeugengeneration, die den Nationalsozialismus erlebt hat, an Bedeutung verloren.

Damit geht einher der unvermeidliche Abschied von einer lange Zeit dominierenden Intellektuellengeneration, nämlich von der sogenannten »skeptischen Generation« der Flakhelfer. Zu ihnen gehören die öffentlichen Dominatoren intellektueller Debatten der letzten 45 Jahre – Ralf Dahrendorf, Jürgen Habermas, Wilhelm Hennis, Hans-Ulrich Wehler, Hermann Lübbe, Günter Grass, Martin Walser, Karl-Heinz Bohrer und viele andere. Warum diese Generation so erfolgreich und so prägend war, ist oft beschrieben worden:⁵ Sie waren die ersten Nutznießer von Westernisierung und Liberalisierung in den 1950er Jahren, sie rückten in die Positionen der durch den Krieg arg dezimierten älteren Generation ein, sie profitierten vom raschen Ausbau des Bildungswesens. Sie waren aber nicht nur Modernisierungsgewinner, sondern hatten in ihren Reihen offenkundig einige außergewöhnliche intellektuelle Begabungen. Und sie hatten nicht zuletzt einen relativ kompakten gemeinsamen Erfahrungshintergrund, nämlich die Jugend im »Dritten Reich« und

5 Siehe Helmut Schelsky, *Die skeptische Generation. Eine Soziologie der deutschen Jugend*, Düsseldorf 1957; Heinz Bude, *Deutsche Karrieren, Lebenskonstruktionen sozialer Aufsteiger aus der Flakhelfer-Generation*, Frankfurt a. M. 1987; A. Dirk Moses, *German Intellectuals and the Nazi Past*, Cambridge 2007.

das Kriegsende. Für diese Generation besaßen die Etablierung einer liberalen Demokratie und deren Verteidigung unbedingte Priorität, die Einmischung in die öffentlichen Fragen des Politischen war ihr eine Selbstverständlichkeit. Die Nachfolge-Generation, die 68er, hat diesen existentiellen Ernst vermissen lassen und daher auch keine dementsprechende Autorität in Fragen des Gemeinwohls ausbilden können. Als Funktionsträger und Intellektuelle zeichnen sie sich vor allem durch Selbstrevision und Positionswechsel aus. Dies zeigen beispielhaft die Abnutzung eines dezidiert linksintellektuellen Habitus und der hohe Anteil von »Renegaten« wie dem Ex-Sponti und heutigen Herausgeber von Springers *Welt*, Thomas Schmid, dem Journalisten und Historiker Götz Aly oder dem Philosophen Peter Sloterdijk, die mit unermüdlicher Energie die Irrungen der eigenen Vergangenheit bekämpfen.

Es zeichnet sich schon ab, dass eine lange praktizierte und für Orientierung sorgende ideologische und vergangenheitspolitische Standortbestimmung des Intellektuellen für jüngere Generationen nicht mehr verfängt. Die Bezugssysteme des Politischen sind komplexer geworden. Im Zeitalter der Globalisierung sind die klassischen Probleme der Politik vielfach überlagert von Menschheitsfragen jenseits des nationalstaatlichen Diskursraums. Das hat sich schon in den 1970/80er Jahren angedeutet, als die Einsicht in die Grenzen des Wachstums, die Umweltverschmutzung und die Frage der Kernenergie zu öffentlichen Themen wurden. Globale, weltökonomische und klimatische Probleme sind für den klassischen Intellektuellen nur bedingt engagementfähig, denn sie sind eigentlich erkenntnismäßig kaum umstritten; sie finden nur nicht genügend Aufmerksamkeit, weil sie durch Lebensstilbequemlichkeit verdrängt werden. Der Intellektuelle schlüpft hier in die eher undankbare Rolle des Wanderpredigers, ohne eigentlich Kontroversen anzetteln zu können. Das macht auch die Suche nach den gesamteuropäischen Intellektuellen so schwierig.

Zudem scheint die Arbeit an Zukunftsfragen, die »Geistesarbeit« insgesamt, immer mehr zu einer kollektiv ausgeübten Tätigkeit zu werden. Dabei haben die »Player« im intellektuellen Feld zugenommen, und sie treten organisiert auf. Die Begründung und Verteidigung von bestimmten Standpunkten erfolgt seltener durch einzelne Großintellektuelle, sondern vielmehr durch Kollektivakteure, die im Sinne der Arbeitsteilung ihre Ergebnisse überindividuell zu objektivieren versuchen. Gesellschaftsrelevante Fragen werden dann als Auftragsforschung publikumswirksam vorgestellt. Das führt dazu, dass die Werbung für bestimmte politische Reformen beispielsweise in Bildung, Gesundheitswesen, Sozialpolitik eher auf Sachzwanglogiken zurückgreift, als dass sich ein gesellschaftliches Wollen auf normative Gründe beruft. Es

hat sich eine Vielfalt von Organisationen, Lobbygruppen, Stiftungen, Think Tanks und Netzwerken gebildet, die vorgeben, im Dienste des Gemeinwohls zu handeln, und die durch clevere Marketingstrategien die Verschleierung des ökonomischen Interesses perfektioniert haben. In diesen Kontext gehört beispielsweise die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft.

Aber auch die Stiftungen der Großkonzerne wie Thyssen, Vodafone, Volkswagen, Quandt oder Bertelsmann entwickeln ebenso wie zahlreiche Verbände und Netzwerke gesellschaftliche Initiativen, die versuchen, intellektuelles Potential an sich zu binden, um gesellschaftspolitisch tätig zu werden und auf sich aufmerksam zu machen. Darüber hinaus ist eine ganz neue, boomende Branche des Polit-Consulting entstanden, die Anschluss an Berliner Kreise sucht, nach Art von gehobeneren Werbeagenturen und Stichwortlieferanten, im Dienste des Lobbyismus und der Promotion. Hintergrundgespräche für sogenannte Entscheider werden oft unter Einbeziehung intellektueller Kapazitäten arrangiert, die durchaus politikfern, also potentielle Intellektuelle sind.

Die Dominanz dieser Akteure verstärkt den Trend, Intellektuelle gleichsam vor der selbstständigen Intervention einzufangen oder – um es neutraler auszudrücken – einzubinden und zu organisieren. Viele Politikwissenschaftler, Soziologen, Historiker, Philosophen sind heutzutage schon in so viele Aktivitäten von Netzwerkorganisationen integriert, dass kaum mehr Raum für die Entfaltung einer individuellen öffentlichen Intervention bleibt. Das zieht sich übrigens bis weit in die Politik hinein. Hier scheint sich der Trend durchzusetzen, nicht lediglich diskrete Beratung in Anspruch zu nehmen, sondern Beratung öffentlich zu machen und damit Politik zu legitimieren. Die Institution des Ethikrats ist ein herausgehobenes Beispiel für eine solche Entwicklung. Damit einher geht das Interesse der Umworbener, ihren Ratgeberstatus selbst zu annonciieren, um den eigenen Marktwert zu steigern, auch auf Kosten geistiger Unabhängigkeit.

Diese Tendenzen darf man nicht überzeichnen, denn sobald solche Praktiken offensichtlich werden, regt sich Widerstand und gegenläufige Mechanismen setzen ein. Gegen jeden Versuch, Intellektuelle zur Legitimation von vermeintlichen Sachzwangexekutionen heranzuziehen, sollten liberale Gesellschaften den Sinn für die Stärkung individueller Kritikpotentiale wach halten. Auch wenn er es schwerer hat als früher, bleibt die Figur des öffentlichen Intellektuellen die Verkörperung republikanischer Tugenden – er oder sie zeigt den Mut zum Engagement, braucht die Fähigkeit zur Komplexitätsreduktion und leistet die notwendige Theoretisierung bzw. Einordnung des Gegenwartsgeschehens. Intellektuelle sind und bleiben Medien bürgerschaftlicher Selbstverständigung.

Öffentliche Intellektualität ist exponierte Individualität. Das scheint sie für die neuen Kommunikationsbedingungen des Internets zu prädestinieren. Doch dies ist wohl ein Kurzschluss. Kommunikationsmöglichkeit allein hilft hier erst einmal wenig. Anders als die revolutionäre Rolle, die Facebook oder Twitter angesichts der Information und Koordination großer Massenbewegungen eingenommen haben, ist Technologie für das Engagement des Intellektuellen noch kein Mehrwert. Verdichtung und Egalitarismus der Netzkommunikation sorgen eher dafür, dass das Argument oder der Gedanke des Einzelnen in der Masse der verfügbaren Information untergeht. Der Intellektuelle aber braucht Privilegierung, die durch Qualität gedeckt ist. Sein »avantgardistischer Spürsinn für Relevanzen«, wie Habermas es genannt hat, bedarf der medialen Verstärkung. Wir müssen die intellektuelle Stimme in einem bestimmten Kontext vernehmen, den wir respektieren und der uns eine Qualitätskontrolle garantiert, wie das in der Hochzeit des Intellektuellen die Zeitungen und Verlage übernommen haben. Der Anarchismus von Blogs und privaten Websites kann dies auf absehbare Zeit nicht ersetzen.

Auch deshalb wird es – aus meiner Sicht – um eine Weiterentwicklung des Bewährten gehen. Von undisziplinierter, formloser oder ausufernder Meinungsäußerung, wie sie im Netz anarchisch praktiziert wird, lässt sich kein Ersatz für eine gehaltvolle intellektuelle Intervention erwarten. Es ist eine Geschmacksfrage, ob man den Publikumserfolg eines Thilo Sarrazin als intellektuelle Intervention im Sinne gemeinwohlorientierter Normativität gelten lassen will. Die Debatte um seine deutschen Selbstabschaffungsängste zeigt aber an, dass die liberale Demokratie auf öffentliche Selbstverständigungsdiskurse, die von einzelnen – eben von Intellektuellen, nach formaler Definition – jenseits des parteiendominierten Politikalltags geführt werden, nicht verzichten kann.⁶ Solche Notwendigkeiten nehmen der Furcht vor einem Ende des Intellektuellen ihren Stachel.

6 Vgl. Thilo Sarrazin, Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen, München 2010; sowie die kämpferische Entgegnung von Patrick Bahners, Die Panikmacher. Die deutsche Angst vor dem Islam. Eine Streitschrift, München 2011.



Dr. Jens Hacke, geb. 1975, arbeitet als Politikwissenschaftler am Hamburger Institut für Sozialforschung. Seine jüngste Buchveröffentlichung: Die Bundesrepublik als Idee. Zur Legitimationsbedürftigkeit politischer Ordnung, Hamburg 2009.